

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 15

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Nach Spanien der Balkan.

Im britischen Unterhaus wurde angefragt, ob die Nachrichten über neue Truppensendungen Italiens nach Spanien wahr seien. Die principielle Antwort darauf gab nicht die britische Regierung, sondern Franco selbst: Spanien ist dem „Anti-Komintern-Balkt“ beigegetreten. Nach der Ansicht Chamberslains und seiner Hintermänner muß man das hinnehmen, denn „Spanien ist souverän“. Burgos dementiert übrigens, was Paris und London argwöhnen: Daß Italien in aller Gemütsruhe jenen gefürchteten Aufmarsch an den Pyrenäen weiterführe. Alle Nailinge in den Demokratien des Westens werden das erst merken, wenn es zu spät geworden.

Mittlerweile wird an anderer Stelle angesetzt, um die „Vorfelder“ der eigentlichen Kriegsschauplatze zu besezten. Der Karfreitag 1939, den Mussolini zu seiner Bishereroberung Albaniens, selbstverständlich ohne Kriegserklärung, gewählt hat, ist mehr als symbolisch. Er bedeutet die Abschaffung jeder herkömmlichen Rücksicht auf gewisse Sentimentalitäten, sagen wir „Österfriede“ oder christliche Feste oder Gedanken irgendwelcher Art.

Was will Mussolini in Albanien? Antwort: Den Balkan. Die Hypothese mag kühn sein, aber es gibt bei der ganzen abenteuerlichen Einstellung der Diktaturen keine Vorstellung, die kühn genug sein könnte. War vielleicht vor vier Jahren die Idee, Mussolini könnte, um sich mit Frankreich auseinanderzusetzen, Mallorca und die Pyrenäen besetzen, nicht absurd? Heute ist sie nicht mehr absurd. Denn: Die Passivität der Westmächte war noch um einen Grad weniger vorstellbar als Mussolinis Plan. Und darum gelang er. Ob das erwachte England früh genug merkt, was gespielt wird, das wird darüber entscheiden, wie der neue Feldzug ausgeht.

Welche Chancen bietet ein Angriff auf den Balkan? Man beachte zunächst einmal die Karte. Rechnet man den alten Feind Serbiens, Bulgarien, zum Achsenblock, dann ist der südslavische Staat bis auf die Grenze gegen Rumänen im alten „Banat“ umzingelt. Zwischen der albanischen Grenze und Bulgarien liegt der mazedonische Zipfel; von den Grenzbergen ins Wardartal hinunter messen wir rund 75 km sowohl von der bulgarischen wie von der albanischen Grenze her. Also ein Überfall auf Jugoslawien? „Aber das werden doch Frankreich und England nicht dulden?“ Leider gibt es Länder, deren Regierungen an gewissen Formeln und Verträgen festhalten. Der neuste Vertrag mit Polen verbindet England mit Polen, falls Deutschland anaraffe. Vielleicht würde dieser Vertrag auch spielen, wenn Deutschland oder Italien sich „persönlich“ über die Jugoslawen hermachen wollten. Dieser Fall läge allzu kräftig. Er wird wahrscheinlich auch nicht eintreten.

Dafür aber gibt es andere Methoden. Wenn der Freund Polens, Ungarn, Jugoslawien angreift, um das Banat zu nehmen, und wenn eine kombinierte „albanische“ Italienerarmee und eine bulgarische Gruppe sich auf Mazedonien stürzen, dann ist das sozusagen ein interner Brand auf der Balkanhalbinsel. Die Italiener würden ja nicht marschieren, und die Deutschen würden nur in Kärnten warten und die wichtigsten jugoslavischen Armeeteile „binden“. Außerdem gibt es in Südbalkanien, genau wie in der ehemaligen Tschechei, drei Völker. Die herrschenden Serben entsprechen den Tschechen, die Kroaten den Slowaken, die Slovenen den Karathoren. Paris hat nicht umsonst seit Wochen nervös die Verhandlungen des Kroatenführers Matsek mit der Belgraderregierung verfolgt, und die Meldungen von einer „totalen Einigung“ haben bis heute keine Bestätigung gefunden. Es braucht also nur noch eine kroatische „Unabhängigkeitsbewegung“, und die Ziele nahen.

Noch ist es nicht so weit, und es geht, wie gesagt, darum, ob Polen und die Westmächte merken, was gespielt wird. Die Phantasten mögen von Phantasten sprechen, trotzdem ist es jedem klar, der mit einem Minimum an Erfahrung die Gedankengänge der Diktatoren verfolgt, daß Jugoslawien auf die oder jene Weise in die Gefolgschaft der Achsenmächte gezwungen werden soll. Folgt es freiwillig, dann braucht es die Bulgaren nicht. Man kann sie auf andere Ziele lenken.

Das zeigt uns nun, welches die eigentlich Objekte der italienischen, in Wahrheit deutsch-italienischen, Aktion sind. Sie liegen jenseits von Jugoslawien. Das eine heißt Rumänien. Das andere Konstantinopel und die Dardanellen. Möglich, daß man damit rechnet, sie erst im allgemeinen Kriege anzugreifen . . . Für diesen allgemeinen Kriegsfall aber muß man die „Vorfelder“ haben, wie gesagt. Und das Vorfeld für den Angriff auf die alte Schlüsselstellung der Dardanellen liegt in Ost-Bulgarien. Gelinde gesagt: Man hofft, Jugoslawien so einzuschüren, daß es mitgeht und gutwillig den Aufmarsch in Thrazien erlaubt und fördert. Ja, man hofft mehr: Sieht sich Rumänien seines engsten Bundesgenossen, eben Jugoslawiens, beraubt, sieht es sich von Bulgarien und Ungarn von zwei Seiten bedroht, zeigt es vielleicht selbst den bisher man gelnden guten Willen.

Eine kühne Aktion, keine Verzweiflungstat, wie die niemals alle werdenden Optimisten sagen, ist Mussolinis Sprung nach Albanien! Ausgeheckt in den Innensbrüder Generalabrechnungen, darf man sie nur als Ausgangspunkt für viel Größeres betrachten. Was die Türken betrifft, die ja mit im „Balkanbunde“ sind: Auch ihnen, wie den Westmächten, wird man versuchen, die Gelegenheit zum Marschieren zu nehmen. Die Bulgaren werden also zunächst nicht engagiert. Erst wenn alle Wege frei sind für den raschesten Einmarsch deutscher Armeen bis vor Adrianopel und die Mariza, erst dann wird es zur „bulgarischen Aktion“ Zeit werden. „Wir können ja warten“, hat Mussolini höhnisch versichert. Und in gleichen Tönen kam es von Berlin her. Mit Recht: Weil die andern immer warten, bisher immer gewartet haben.

Und weil sie den Diktaturen selbst die Wege ungestrafter Aktionen weisen. Wie im Falle von Litauen nichts unternommen wurde, weil Litauen keine Hilfe anrief, so wird unter Umständen nichts getan, falls Jugoslawien keinen Angriff feststellt und keine Hilfe verlangt!

Natürlich glauben auch wir, daß der Krug zum Brunnen geht, bis er bricht, und daß es eines Tages ein „Halt“ geben wird. Und selbstverständlich spielt in den britischen Berechnungen Albanien „an sich“ eine geringe Rolle und kann später, bei der Generalabrechnung, wiederhergestellt werden, wie anno 18 Belgien. Trotzdem fragt man sich, ob nicht diesmal doch die bedrohte Halbinsel in Schuß genommen werden soll, bevor es zu spät geworden.

Britisch-polnisches Bündnis

Bisher sind die Engländer mit jeder Maßnahme hinter dem tatenhungrigen Block der Diktaturmächte hergetrottet. Die Allianz zwischen London und Warschau kam nach dem böhmischen Debacle. Und es scheint, daß mit dem Angriff auf den Balkan auch wieder eine Probe aufs Gewebe geliefert werden soll, daß die „Pluto-Demokratien“, um Mussolinis Hohn zu wiederholen, zu langsam seien. Daß sie List und Gewalttat, überraschende Wendungen, unverfrorene Zielsezessionen immer erst nachträglich verstehen, immer erst nach geschehenen Hieben für möglich halten.

Es ist offenbar nicht möglich gewesen, ein Bündnis mit umfassenderen Zielsetzungen abzuschließen, als es eben geschehen. Ja, es heißt, Oberst Beck habe London zur Vorzüglichkeit der „zweiseitigen Verträge“ befürwortet, also die Idee der kollektiven Sicherheit beiseite geschoben. Und es heißt ebenfalls, Beck wünsche, daß man die Sowjet-Union nicht in das allgemeine Sicherheitssystem einbezahle. Folgt England diesen Ratschlägen, dann werden wieder Monate vergehen, bis die Polen sehen, was sie damit angeht.

Man hat in den letzten Tagen überlegt: Wer hat an Albanien gedacht? In London und Paris einige Journalisten, sonst niemand. Bei den Regierungen schien kein einziger Mann etwas zu ahnen. Und hätte man Beck und den Engländern gesagt: Der Kriegsfall muß eintreten, wo oder wann ein Angriff auch erfolgen mag, und wer auch der Angreifer sei, ob Hitler oder Mussolini . . . die Antwort würde kurios gelautet haben. Für die Polen ist heute noch zweierlei, ob Hitler in Danzig oder Mussolini in Durazzo einzieht. Denn „Mussolini ist doch der Freund Italiens!“ Daß der Sprung über die Adria leichtlich nach Polens Südflanke zielt . . . wer denkt auch so weit?

Die historische Wahrheit lautet: „Der Duce und der Führer“ haben an Albanien gedacht, die andern nicht. Keine „Gesinnung“ schafft die Tatsache aus der Welt, daß man offenbar mit der herkömmlichen Einstellung zu keinem Voraussehen fähig sei. Ich wette hundert gegen eins, daß man in Paris, London und andern friedlichen Orten auch nicht voraus sieht, womit allem dieser Stoß nach dem nebenfährlichen Albanien gilt! Soll man sagen: „Wen die Götter verderben wollen . . . ?“

Es ist auch hier der Nachsatz anzubringen, daß Mussolini, wie Hitler im Falle Böhmen, seinen letzten „moralischen Kredit“ vertan hat, und daß sich das eines Tages rächen wird. Über „eines Tages“ könnte auch heißen: „Eines viel zu späten“ Tages!

Weitere 190 Millionen . . .

Am 4. Juni wird über die eidgenössische Vorlage abgestimmt, die sich „Verstärkung der Landesverteidigung“ benennt. Man hat es diesmal leichter als je, zu prophezeien. Einstimig wird es nicht gehen, aber die Zahl der Nein wird so gering wie nur denkbar sein. Vielleicht gibt dies unsrern Landesvätern einen Wink, wie man eine Sache aufzudrehen habe, damit sie vor dem Volke Gnade finde. Natürlich muß auch etwas dahinter stecken . . . auf einen Bluff fiele das Volk nicht herein. Was diesmal dahinter steckt, weiß jeder: Die Gefahr eines Krieges, bei dem unsere Existenz gerettet oder verspielt wird, je nach dem Einsatz, den wir aufbringen. Aber trotzdem: Im Namen der Landesverteidigung würde dies und das Sympathien finden, was sonst abstößt. Man überlege nur, wieviel leichter es mit der großen Arbeitsbeschaffung war, seit sie in den Dienst der Landesverteidigung gestellt wurde.

Und wahrscheinlich ist, daß die Deckungsfrage leichter zu lösen wäre, sobald man die Fahne der eidgenössischen Notwendigkeit über diese Arbeitsbeschaffung, soweit sie nicht direkt mit der verstärkten Wehr im Zusammenhang steht, wehen ließe. Ueberhaupt, wir meinen, die ganze endgültige Finanzvereinigung der Eidgenossenschaft müßte im Zeichen der Landesfahne, ihrer Ehre und ihrer Verteidigung begonnen und durchgeführt werden. Wir hoffen dabei, das Geschick lasse uns gnädig Zeit und Gelegenheit, diese Vereinigung, die später noch schwerer als heute sein wird, in Angriff zu nehmen, und es lasse uns Zeit, die geistige Verfassung zu finden, damit wir das notwendige Werk als ein vaterländisches begreifen und vollenden.

Um die Belastung der kommenden Generationen nicht über Gebühr anwachsen zu lassen, folgt unsere Bundesregierung den Grundsatz, bei jeder neuen Ausgabe soweit als möglich die nötige Deckung zu bezeichnen, zu sagen, „wo man's hernehmen wird“. Die neuen 190 Millionen ziehen vermutlich

ein allgemeines „Wehropfer“ nach sich, und es scheint keine Frage, daß unser Volk es willig auf sich nehmen werde . . . vorausgesetzt, daß es das Gefühl bekommt, es werde jeder „besteuert nach Vermögen“.

Aber auch dann, wenn dieses Gefühl nicht restlos herrschen würde: Man wird willig sein. Denn aus dem bekannt gegebenen Plan des Bundesrates läßt sich erkennen, wofür die neuen Summen ausgegeben werden, und was wir dafür ein tauschen. Mächtig interessiert uns die Erstellung einer zweiten Verteidigungslinie, die hinter dem Gürtel der Grenzbefestigungen errichtet und mit Artillerie bestückt werden soll. Eine Reihe solcher Festungen im Bereich der großen Annmarschlinien muß unsere Zuversicht erhöhen wie nichts sonst. Besonders dann, wenn wir sie mit den nötigen Minimalbeständen an Mannschaft besetzt wissen. Und wenn wir sicher sind, daß sie auch die nötigen Munitionstapeten in erreichbarer und geschützter Nähe haben. Der Bau sicherer Anlagen für vermehrte Munitionsbestände, für Sprengmittel usw. gehört ja ins neue Programm.

Unter den verschiedenen Punkten des Programms, das in Angriff genommen wird, ohne die Sanktion des „Souveräns“ abzuwarten, weckt das höchste Interesse die vermehrte Anschaffung von Kriegs-, Schul- und Uebergangsliegzeugen, und im Zusammenhang damit die Schaffung eines eigenen Luft-Ueberwachungskorps. Die Städte aber sind vor allem dankbar, daß sie ihre Luftabwehrkorps in Zusammenhang mit den militärischen Stellen organisieren und instruieren, ihre Abwehrgerüste mit den nötigen Schieß- und andern Vorräten durch finanzielle und sonstige Mithilfe der Eidgenossenschaft rascher bereit stellen können. Die „1000 Flugzeuge“ Dittweilers, eine rein propagandistische und schematische Ziffer, nimmt unter dem Gesetz der praktischen Notwendigkeit auch die organische und mögliche Gestalt an. Und da diesmal der Bundesrat Initiative und Führung übernommen, wird es keinerlei Widerspruch geben.

Vorräte sammeln

Es ist nicht dasselbe, ob Männlein und Weiblein im Moment ausbrechender Gefahr sich auf die Geschäfte stürzen und „hamstern“, wie das anno 1914 geschehen und letzten September oder auch nur vorige Woche in geringerm Umfang wiederholt wurde, oder ob sich eine Familie oder eine Pension systematisch mit Vorräten versorgt, wie dies der Bundesrat empfiehlt. Hamstern bedeutet sinnloses Anhäufen von allem, was gerade erreichbar ist, und besonders verwirrend wird die Stapelung leicht verderblicher Güter, die man in überschäumigen Mengen weder selbst verzehren noch vor der Zerstörung sichern kann. „Vorräte anlegen“ bedeutet, sein Haushaltungsbuch durchsehen und sich überlegen, was man in drei Monaten ungefähr braucht, und nachher all das anzuschaffen, was man leicht lagern kann, und was man glaubt, nicht entbehren zu können. Geht unsre Bevölkerung systematisch vor, hilft sie eine mögliche Panikstimmung, wie man sie für ernste Stunden natürlich fürchten muß, verhindern. Erstens verfällt man selbst nicht in Schrecken, wenn man sich beizeiten auf das Ernsteste vorgelebt, zweitens kann man die Unsichernden und von Schrecken leicht Ueberwältigten mit gutem Beispiel beruhigen.

Es wird allerlei getan, um die Lager im Lande zu äusnen. Wiewiel die Eidgenossenschaft, die Kantone, die Privaten, die großen Betriebe vorzufordern, kann man nicht auseinander halten. Wenn die eidgenössische Zollverwaltung im März 39 insgesamt 3,4 Millionen mehr als im März 38 eingezogen, so dient uns dies als ein Gradmesser; die offizielle Mitteilung führt die Verbesserung der Zollabrechnung auf vermehrte Einfuhr von Zucker, Wein, Petroleum, Benzin, Malz und Gerste, Brotgetreide und Eisen zurück. Man sieht, die Bierbrauer und Weinhandler gehen offenbar mit gutem Beispiel voran, aber ebenso die Müller, und das ist auch wichtig! —an—